

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Voraus, bei Vorzahlung durch die Posten 2,20 RM. bei Bestellung im Voraus. Einmalige Belegbestellungen sind ebenfalls möglich. Einmalige Belegbestellungen sind ebenfalls möglich. Einmalige Belegbestellungen sind ebenfalls möglich.

Angabenpreis: Die Spaltenbreite beträgt 20 Zeilen. Die gespaltelte Seite der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichsmark. Die gespaltelte Seite der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichsmark. Die gespaltelte Seite der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichsmark.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 82 — 89. Jahrgang     Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“     Wilsdruff-Dresden     Postfach: Dresden 2640     Montag, den 7. April 1930

## Scharfe Waffen.

Leicht hat es der neue Reichskanzler und sein Kabinett nicht! Zwar scheint er recht genau zu wissen, was er tun will und tun wird, aber der Reichstag, vielmehr die Parteien des Reichstages, sind sich darüber sehr im ungewissen, ob und wie sie zu den Wünschen, den Bitten oder den Eröhrungen Dr. Brüning's Stellung nehmen sollen. Er hat zwar in seiner Regierungserklärung gesagt, daß er alles dransetzen wolle, bei der Durchführung der von ihm geplanten Maßnahmen des Deckungs- und Finanzprogramms einzuflechten der „Östliche“, mit diesem Reichstag zusammenzuarbeiten, aber doch eben nur so lange, als das möglich sei. Oder — auf eine knappe Formel gebracht — so lange der Reichstag in seiner Mehrheit die Regierungspolitik in diesen Punkten unterstützt. Dr. Brüning hat sozusagen die „rote Karte“ mit der Auflösungsorder noch nicht an den Reichspräsidenten zurückgegeben. Er droht ganz unmissverständlich, sie herauszuholen, wenn der Reichstag nicht über die Bedenken, Einwürfe, Gegenvorschläge usw., vorerst zum Deckungsprogramm, nicht sehr bald herauskommt zu endgültigen, der Regierung zustimmenden Beschlüssen. Dabei unterstreicht der Reichskanzler aufs schärfste, daß die Neuregelung der Finanzen, die Steuererhöhungen usw. zu allererst angenommen sein müssen, ehe man an das Agrarprogramm und die Östliche herangehen kann, einfach deswegen, weil diese beiden sich nur auf einer wirklich gesicherten Finanzlage des Reiches als Basis aufbauen lassen.

Man muß zugeben, daß dieser Gesichtspunkt überaus einleuchtend ist; natürlich spielt dabei aber auch die Absicht mit, die Parlamentariermehrheit vorerst zusammenzuhalten, die in der vergangenen Woche den Ansturm der Opposition abwehrte, und die ja alles andere als geschlossen und zuverlässig ist. Immerhin verweist sich der Reichskanzler keineswegs auf alle Einzelheiten des Deckungsprogramms, läßt z. B. in der Frage einer 75prozentigen Biersteuererhöhung mit sich reden und mag sich damit einverstanden erklären wollen, daß 25 Prozent der geplanten Erhöhung wieder abgezogen und das damit eintretende Defizit durch eine Erhöhung der Umsatzsteuer von 0,75 auf 0,85 Prozent gedeckt wird. Aber grundsätzlich will die Regierung an ihrem Deckungsprogramm ebenso festhalten wie sie sich unbedingt auf den Standpunkt stellt: Erst Regelung der Finanzfragen, dann Agrarprogramm und Östliche. Wenn es sein muß — unter Auflösung des Reichstages und unter Benutzung des Artikels 48 der Reichsverfassung.

Lange warten will die Regierung nun aber nicht mehr, sondern sie hat den „hinter ihr stehenden“ Fraktionen mitgeteilt, daß jetzt kein Rundspiel mehr hinfällig, sondern in den nächsten Tagen gepfiffen werden muß. „Zwischen uns sei Klarheit!“ darf man wohl ein bekanntes Goethe-Wort variieren. Wenn die nicht vor der entscheidenden Reichstagsstimmung geschaffen wird, dann sind in ihr, in offener Feldschlacht auf dem Boden des Parlamentes. Und dafür verfügt das Kabinett über recht scharfe Waffen. Dr. Brüning scheint nicht der Mann zu sein, diese ungenutzten im Winkel stehen zu lassen. Aus irgendeinem Loch muß nun endlich, nach viermonatlichem bisher fast fruchtlosen Verhandeln, der Rauch heraus! Man wird durch solche Verhandlungen zwischen den Parteien jedoch niemals zu einem bestimmten Entschluß kommen; das hat die Krisengeschichte dieser vier Monate deutlich genug bewiesen. Und daraus entspringt die Reichsregierung das Recht, die Fraktionen unter einen für sie selbst freilich nicht sehr angenehmen, aber notwendigen Druck zu setzen.

## Gründung und gewaltige Rundgebung der Volksnationalen Reichsvereinigung in Berlin

Die Volksnationale Reichsvereinigung, zu deren Gründung der Jungdeutsche Orden aufgerufen hatte, wurde am Sonntag, den 5. April 1930 in der Philharmonie zu Berlin gegründet; am Sonntag, den 6. April veranstaltete sie im größten Saale der Philharmonie ihre erste gewaltige Rundgebung. Der Leiter der Gründungsverammlung, Dr. Scholz-Remscheid, kennzeichnete in seinen einleitenden Worten den Sinn der Gründungsverammlung als den nunmehr zu vollziehenden Uebergang zur praktischen politischen Arbeit. Die zur Gründungsverammlung nach Berlin gekommenen 725 Landesdelegierten der Kreisvereine bestützten das vorläufige Präsidium, das in seiner Zusammensetzung der Volksgemeinschaft aller Stände bereits Ausbruch verleibt. Das Präsidium setzt sich aus folgenden Personen zusammen:

- Journalist August Abel-Berlin,
- Verbandssekretär Artur Abolph-Berlin,
- Verbandssekretärsführer Friedrich Baltrusch, Mitglied des Reichswirtschaftsrates Berlin,
- Arzt Dr. Vertbeau-Lütjensburg,
- Otto Bornemann, Kanzler des Jungdeutschen Ordens Berlin,

## Erst Finanzregelung, dann Agrarhilfe

### Die Pläne des Reichskanzlers.

Kampf um die Biersteuer.

An die Beschlüsse des Reichskabinetts, die Gesetzesvorlagen über Finanzreform und Finanzausgleich vornehmlich zu behandeln und sie sofort dem Reichstag zu zuleiten, schlossen sich am Wochenende lebhaftere Debatten im Stenografenklub des Reichstages, der sich mit den verschiedenen vorgeschlagenen Deckungsplänen beschäftigte, insbesondere mit der Erhöhung der Biersteuer um 75 Prozent. An dieser will bekanntlich das Reichskabinettt trotz anderweitig aufgetretener Einwendungen festhalten.

Schwierigkeiten ergeben sich auf diesem Gebiete von Seiten der Bayerischen Volkspartei, die zwar in die neue Regierungskoalition eingeschlossen ist, in bezug auf das Bier aber eine ziemlich schroff ablehnende Haltung einnimmt, obwohl ihr Führer, Prälat D. Leicht, im Reichstage vermittelnde Töne anschlug.

### Gegen die Biersteuer

warf im Stenografenklub das Mitglied der Bayerischen Volkspartei Abgeordneter Dr. Horlacher offen Panier auf. Er sagte u. a.:

„Das Reichskabinettt kann nach so kräftige Töne anschlagen, die Bayerische Volkspartei wird die Biersteuererhöhung keinesfalls mitmachen. Sie ist grundsätzliche Gegnerin jeder Biersteuer über den bestehenden Rahmen hinaus.“

Bayern werde durch die Biersteuererhöhung eine Sonderlast von 100 Millionen Mark aufgebürdet, deren Höhe man erst erkennen könne, wenn man weiß, daß das Gesamtaufkommen an eigenen Steuern in Bayern 178 Millionen Mark betrage. Bayern wehre sich gegen diesen Raubzug vom Norden.

### Reichsfinanzminister Dr. Noldehauer

erwiderte, die Entscheidung des Kabinetts sei nach außerordentlich sorgfältiger Prüfung der Biersteuererhöhung gefaßt worden. Maßgebend sei dabei die Erkenntnis gewesen, daß andere Wege, dem Reiche Mittel zur Verfügung zu stellen, nicht gegeben seien. Eine entsprechende Erhöhung der Umsatzsteuer wäre für die Gesamtheit viel schwerer tragbar und die von Dr. Horlacher erwähnte besondere Importsteuer würde die ganze Handelsvertragspolitik erschüttern. Der Minister führte weiter aus, daß Bayern auf anderen Steuergebieten, beispielsweise

- Verbandssekretär Edmund Buchart-Berlin,
- Verbandssekretär Willi Dietrich-Berlin,
- Gewerkschaftssekretär Erich Glimm-Berlin,
- Verbandsdirektor Paul Hilger-Dresden,
- Verbandsgeschäftsführer Max John-Berlin,
- Fabrikant Paul Kempermann-Bestwig,
- Hanna Klostermüller, Hofmeisterin der Schwesternschaften des Jungdeutschen Ordens, Berlin,
- Finanzobersekretär Max Lasse-Dresden,
- Fabrikant Hermann Menzel-Großröhrsdorf,
- Rechtsanwalt Dr. Ferdinand Nüßel-Berlin,
- Rittergutspächter Georg Obendorfer-Limbach,
- Landwirt Gustav Paulsen-Hußfeld bei Eutin,
- Gauleiter Hans Rauf-Köln,
- Gewerkschaftssekretärin Mara Sahberg-Berlin,
- Oberleutnant a. D. Walter-Schmidt-Berlin,
- Zahnarzt Dr. August Scholz-Remscheid,
- Bürgermeister Dr. August Wiefel-Beine,
- Gutsbesitzer Hindt-Gerten.

Der letztere wurde unter drausender Zustimmung von der Versammlung einstimmig mit gleichen Rechten und Pflichten wie die anderen Präsidiumsmitglieder sie haben, betraut, obwohl er Bürger des Freistaats Danzig ist. Die Versammlung brachte damit zum Ausdruck, daß die willkürliche und ungerechte Grenzziehung im deutschen Osten von ihr nicht anerkannt wird.

Dann sprach der Hofmeister des Jungdeutschen Ordens Artur MaBraun über das Wesen der Volksnationalen Reichsvereinigung, über die jungdeutsche Borarbeit, die zum Zusammenritte der Gründungsverammlung wesentlich beigetragen hat, über den weiteren Weg der Volksnationalen Reichsvereinigung und über den bereits vorliegenden zahlenmäßigen Erfolg. Mehr als hunderttausend Menschen haben sich bereits durch persönliche Anmeldung zu ersterer Mitarbeit verpflichtet und täglich laufen wie seit Monaten rund tausend Neuanmeldungen ein. 700 Kreise sind bereits mit Ausschüssen versehen und in einer noch nicht gezählten Anzahl von Kreisen sind die Ausschüsse in der Bildung begriffen. — MaBraun zeichnete dann den falschen Weg, den die alten politischen Parteien bisher gegangen sind und entwickelte daraus den neuen Weg, den die Volksnationale Reichsvereinigung gehen wird und der sie bereits heute nach Berlin geführt hat.

Als der Vorsitzende nach den Ausführungen MaBrauns die

auf denen der Grund- und Gewerbesteuer, geringere Lasten zu tragen habe als andere Länder.

Der Christlichnationale Bauernpartei v. Sybel und der Deutsche Bauernpartei Kling lehnien die Erhöhung der Biersteuer ebenfalls ab. Der Sozialdemokrat Kell bekannte, seine Partei hätte sich keineswegs auf die Biersteuer festgelegt.

Von deutschnationaler Seite wurde gestagt, und zwar durch den Abgeordneten Dr. Rademacher, welche hinter der Regierung stehenden Parteien denn überhaupt noch die Steuererhöhungsvorlagen unterstützen.

In der weiteren Debatte lehnien auch der Wirtschaftsparteier Colosser und der Deutschnationale Freiherr von Richthofen die Biersteuererhöhung ab. Dr. Mosdenhauer kündigte noch an, daß der Entwurf über die Senkung der Einkommensteuer vorläufig nicht vorgelegt werde, weil der Reichsrat ihn zurückgestellt habe und weil die Regierungsparteien sich inzwischen über den Entwurf zur Senkung der Gewerbesteuer verständigt haben. Die Regierungskoalition hatte zu Beginn der Aussprache einen Änderungsvorschlag zur Tabak- und Zucksteuer vorgelegt. Nach diesem neuen Gesetzesentwurf wird die Zahlungsfrist bei der Tabaksteuer um einen halben Monat verkürzt. Dagegen bleiben die Tabaksteuerlager bestehen. Von den Inhabern dieser Lager wird die Verwaltungsentschädigung laufend ein Prozent des Steuerwertes der von ihnen versteuerten Zigarren erhoben.

### Wirtschaftspartei für Warenhaussteuer.

Wie bekanntgeworden ist, will die Wirtschaftspartei trotz der ablehnenden Haltung der Regierung auf der Einführung einer Warenhaussteuer bestehen. Das soll evtl. in Form einer Staffelung der Umsatzsteuer geschehen. Die Wirtschaftspartei will eine Trennung zwischen der Umsatzsteuer für kleinere und größere Unternehmungen einführen. Unternehmungen mit einem Umsatz von mehr als einer Million Mark sollen einer qualifizierten Umsatzsteuer in Höhe von einem Prozent unterliegen. Doch soll diese erhöhte Umsatzsteuer nur für Umsätze mit Verbrauchern der letzten Hand gelten, also nicht für Rohstofflieferanten und den größten Teil der verarbeitenden Industrie.

Eine Änderung sollen auch die Regierungsvorschläge über den Benzin- und Benzolzoll erfahren. Es wird angestrebt, die bisherige Differenz zwischen Benzin- und Benzolzoll ausrechtzuerhalten. Die Zollerhöhung von vier Pfennig soll durch eine Steuer von zwei Pfennig ergänzt werden.

allgemeine Aussprache zu den Richtlinien eröffnete, ergab sich die erstaunliche Tatsache, daß die Richtlinien ohne allgemeine Aussprache von den Delegierten unter lebhaftester Zustimmung einstimmig angenommen wurden. — Auch die den Delegierten vorgelegten Grundsätze für die Verfassung der V. A. fanden einstimmige Annahme. Die einstimmige Wahl Artur MaBrauns zum Vorsitzenden der V. A. bildete den Höhepunkt der Gründungsverammlung. MaBraun nahm die Wahl an und erklärte, daß er als Führer der Reichsvereinigung niemals ins Parlament eintreten werde. Die Versammlung nahm diese Erklärung mit härtestem Beifall auf. Bezüglich des Präsidiums behielt sich MaBraun die weitere Ergänzung vor.

MaBraun erbittet im Schlusswort für die weitere praktische Arbeit die Vorlage fertig ausgearbeiteter Entwürfe unter Hinteranstellung verschwommener Wünsche. Als er dann mit dem eigenen Enthusiasmus die tätige Mitarbeit für das große Deutschland fordert und an die Delegierten die Aufforderung richtet, den Rhythmus dieser großen Stunde bis in die entlegensten Dörfer des deutschen Vaterlandes zu tragen, da bekräftigt die Versammlung ihre Zustimmung und ihr Gelöbnis durch das spontane Absingen der vier Strophen des Deutschlandliedes.

Am Sonntag, den 6. April konnte der große Saal der Philharmonie die aus dem Lande herbeigeströmten Ortsgruppenvertreter der V. A. kaum fassen. Diese Versammlung nahm die Mitteilung der Ergebnisse der Gründungsverammlung mit Beifallssturm auf, stimmt den Richtlinien zu und bekräftigte durch nichtendenwollende Ovationen die Wahl Artur MaBrauns zum Reichsvorsitzenden der V. A. Die einzelnen Mitglieder des Vorstandes wurden ebenfalls stürmisch begrüßt. Dann entwickelte MaBraun in groß angelegter Rede, wie die V. A. wurde. Mit einem Appell an die Presse, daß Wollen der V. A. zu unterstützen und mit einer Mahnung an die Menschen, sich von der unverantwortlichen Sensationspresse freizumachen, schließt MaBraun seine Ausführungen.

Nach ihm legen die Angehörigen verschiedener Stände und Berufe ihre Zustimmung zu dem Wollen der V. A. und das Gelöbnis ihrer Bundesgenossenschaft ab.

Im Schlusswort bekennet sich MaBraun im Namen der V. A. zu Hindenburg und dessen Wollen. Er verliest ein Treugelöbnis an Hindenburg und ein Versprechen der V. A., im Hindenburg'schen Sinne zu arbeiten, was von der Versammlung mit drausendem Beifall einstimmig angenommen wird.